

Sportausschuss

12.11.2019

16. Sitzung (öffentlich)

lb

2 **Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2020 (Haushaltsgesetz 2020)**

Gesetzentwurf

der Landesregierung

Drucksache 17/7200

Drucksache 17/7800 (Ergänzungsvorlage)

Vorlage 17/2349 (Erläuterungsband)

Vorlage 17/2536 (Einführung in den Haushalt)

Vorlage 17/2668 (Beantwortung von Fragen der AfD-Fraktion)

Änderungsanträge der Fraktionen (s. *Anlage 2*)

– Abstimmung gemäß Vereinbarung der Fraktionen

*(Überweisung des Gesetzentwurfs an die Ausschüsse am
18.09.2019)*

Vorsitzender Bernhard Hoppe-Biermeyer merkt an, der Ausschuss berate lediglich über die Kapitel 02 010 „Ministerpräsident“ und 02 080 „Förderung des Sports“ des Einzelplans 02.

StS Andrea Milz (Staatskanzlei) bedankt sich beim Landtag für die Bewilligung der in der Ergänzungsvorlage veranschlagten Mittel in Höhe von 4 Millionen Euro für die „Finals Rhein-Ruhr 2020“, welche deren Durchführung in Nordrhein-Westfalen ermöglichen.

Mit den restlichen in der Ergänzungsvorlage in Kapitel 02 080, Titel 686 60, enthaltenen zusätzlichen Mitteln in Höhe von 1,77 Millionen Euro wolle die Landesregierung die Umsetzung der fünf beschlossenen Projekte der Ruhr-Konferenz angehen. Sie freue sich, dass der Ansatz nun erhöht werde.

Die SPD-Fraktion plane mit ihrem Änderungsantrag, in Titelgruppe 70 einen neuen Titel in Höhe von 400.000 Euro zum Zwecke der Olympiabewerbung für 2032 zu veranschlagen, so **Rainer Bischoff (SPD)**. Auch den letzten entsprechenden Antrag zum Haushalt 2019 hätten die regierungstragenden Fraktionen abgelehnt, und er frage sich, warum.

Staatssekretärin Milz betone weiterhin, dass es sich bei Ministerpräsident Laschets Bemühungen um eine private Initiative handele. Herr Laschet habe dazu viele Pressekonferenzen veranstaltet und vor einigen Wochen von Berlin aus – richtigerweise – versucht, in der bundesweiten Szene auf das Vorhaben aufmerksam zu machen. Als seltsam empfinde er jedoch, dass Frau Milz und der zuständige Abteilungsleiter daran nicht teilgenommen hätten. Seine Fraktion frage sich deswegen, wie intensiv die Landesregierung die Bewerbung wirklich unterstütze, und das insbesondere vor dem Hintergrund des gemeinsamen Antrags der Fraktionen von CDU, SPD, FDP und Grünen zu dem Thema.

Um die Bewerbung sattelfest zu machen, bedürfe es einer Machbarkeitsstudie, schließlich beständen noch zahlreiche offene Fragen in Bezug auf das Vorhaben, etwa in Sachen „Leichtathletikstadion“. Die Durchführung solch einer Studie bezeichne er als üblich, und er könne nicht nachvollziehen, was Schwarz-Gelb dagegen habe. Auch in dem geplanten Antrag habe das Wort „Machbarkeitsstudie“ nach dem Willen von Schwarz-Gelb nicht vorkommen dürfen. Sollte der Begriff das Problem darstellen, könne man es seinetwegen auch „Gutachten“ nennen. Er erwarte von den regierungs-tragenden Fraktionen eine Antwort auf die Frage, warum diese sich gegen eine solche Studie sträubten.

Andreas Keith (AfD) bedankt sich für die sehr ausführliche Beantwortung der Fragen der AfD-Fraktion zu dem Haushalt 2020. In dieser Hinsicht blieben keine Fragen offen.

Mit ihrem Änderungsantrag über 500.000 Euro beabsichtige die AfD-Fraktion, dass im Rahmen einer Studie zunächst einmal ergründet werden solle, welche Anlagen in Nordrhein-Westfalen existierten und in welchem Zustand sich diese befänden, und zwar noch vor der Durchführung einer Machbarkeitsstudie für Olympische Spiele. Dies forderten auch viele Verbände.

Die Verbände kritisierten wiederum, dass die nordrhein-westfälischen Sportstätten immer wieder als ausreichend bezeichnet würden. So hätten manche Fraktionen zu dem Schwimmbadantrag der AfD die Meinung geäußert, es gebe gar keinen Mangel und Nordrhein-Westfalen baue viel mehr Schwimmbäder als in dem Antrag angeführt. Der DLRG habe vor einigen Wochen jedoch verlauten lassen, die Zahl der Schwimmbäder sinke weiterhin. Auch in Bezug auf die Zahl der Kunstrasenplätze und im Hinblick auf das Thema „Granulat“ bestehe noch Unklarheit. Er frage sich, worauf eine Machbarkeitsstudie fußen sollte, wenn man doch gar nicht um die vorhandenen Sportstätten und deren Zustand wisse.

Auch wenn Rainer Bischoff die Antwort sicherlich nicht zufriedenstelle, gebe er dieselbe Antwort wie im letzten Jahr, so **Andreas Terhaag (FDP)**: Es sei schlicht zu früh für eine Machbarkeitsstudie. Solange beim DOSB, dem eigentlichen Bewerber, noch Unklarheit über die generelle Frage einer deutschen Bewerbung bestehe, halte er eine solche Studie für wenig sinnvoll. Schwarz-Gelb wolle das Erscheinen der Zahlen abwarten, das die Privatinitiative um Michael Mronz zum Herbst dieses Jahres angekündigt habe.

Auch für die in dem Antrag der AfD geforderten Maßnahmen sei es noch zu früh. Lieber warte man ab, welche Veränderungen das Programm „Moderne Sportstätte 2022“ mit sich bringen werde. Erst dann könne festgelegt werden, was im Hinblick auf die Sportstätten noch getan werden müsse.

Josefine Paul (GRÜNE) bezeichne die Aussage, es sei für die geforderten Maßnahmen noch zu früh, als erstaunlich. Nach ihren Informationen verlege sich der Zeitpunkt, zu dem über eine Vergabe von Olympischen Spielen entschieden werde, immer weiter nach vorne. Wahrscheinlich werde dies für die Olympischen Spiele 2032 schon im Jahr 2023 geschehen. Irgendwann sei die Landesregierung mit ihren Bemühungen schlicht

Sportausschuss

12.11.2019

16. Sitzung (öffentlich)

lb

und ergreifend zu spät dran. Wenn Schwarz-Gelb die Beantwortung der Fragen nach den Sportstätten, nach den Zusagen des Bundes und nach eigenen Finanzmitteln für den Haushalt 2020 als zu früh erachte, könne niemand außer den regierungstragenden Fraktionen und Herrn Mronz ernsthaft noch auf eine Chance bei der Vergabe der Olympischen Spiele hoffen.

Mit Blick auf den gemeinsamen Antrag der Fraktionen von CDU, SPD, FDP und Bündnis 90/Die Grünen sollten alle Parteien sich um Beteiligung der Bürger*innen und um Kostentransparenz bemühen. Schließlich seien die Bewerbungen für die Olympischen Spiele in Hamburg an mangelnder Kenntnis über die zu erwartenden Kosten und über den Beitrag des Bundes gescheitert. Die Menschen wollten sich nicht von einer schönen Sportparty blenden lassen, deren Kassensturz erst im Nachhinein stattfindet. Sollten Olympische Spiele in Nordrhein-Westfalen eine Chance bekommen, dann müsse zum jetzigen Zeitpunkt entsprechende Transparenz hergestellt werden.

Laut Ankündigung der Landesregierung sollten die Sportstätten mit 300 Millionen Euro gefördert werden, wobei gleichzeitig eine gegenseitige Deckungsfähigkeit mit der Schulpauschale bestehen werde, und außerdem sei eine Studie über die Wirkung dessen angekündigt worden. Sie hoffe, dass die Landesregierung dazu stehe, und sie bitte darum, diese Studie um einen dringend notwendigen Sportstättenatlas zu erweitern, anhand dessen man die tatsächlichen Auswirkungen des Förderprogramms und weitere Finanzierungsbedarfe – Stichwort: Schwimmbäder – erkennen könne.

Entweder wolle die Landesregierung keine Olympischen Spiele, oder ihr Vorgehen sei handwerklich schlecht gemacht, so **Ralf Jäger (SPD)**. Würden Mittel für eine Machbarkeitsstudie nicht in den Haushalt 2020 aufgenommen, bestehe dazu frühestens im Haushalt 2021 wieder die Möglichkeit. Außerdem könne eine solche Studie nicht kurzfristig fertiggestellt werden, vielmehr bedürfe es mit Sicherheit einer Vorlaufzeit von 6 bis 12 Monaten, und außerdem müsse eine Ausschreibungsfrist eingeplant werden. Ohne Gelder im Haushalt 2020 könne man sich von dem Gedanken, 2032 in NRW Olympische Spiele durchzuführen, verabschieden.

Der DOSB – laut Schwarz-Gelb der eigentliche Antragsteller – könne nicht ohne materielle Grundlage, nur auf Basis der Aussage des Landes, das Vorhaben könne unter Umständen durchgeführt werden, über solch ein Projekt entscheiden.

Die Einladung Armin Laschets an 14 Oberbürgermeister nach Berlin bezeichne er als schönen PR-Gag ohne Inhalt. Er hege Zweifel an einem ernsthaften Interesse der Landesregierung, Olympische Spiele 2032 durchführen zu wollen.

Bezugnehmend auf den Redebeitrag von Josefine Paul merkt **Andreas Keith (AfD)** an, er wisse nichts von einem gemeinsamen Antrag, und er hätte sich gewünscht, dass solch ein Antrag im Sportausschuss thematisiert worden wäre. Dass der Antrag gar nicht erst an den Sportausschuss überwiesen worden sei, zeige, dass SPD und Grüne in genau der Weise, wie sie es CDU und FDP unterstellten, lediglich Interesse an einer Show hegten.

Angesichts der von den anderen vier Parteien regelmäßig geführten Debatte über CO₂ und Umweltschutz könne er nicht nachvollziehen, warum der Ministerpräsident eine Showveranstaltung in Berlin durchgeführt habe, zu der 20 hochrangige Politiker wahrscheinlich mit dem Flugzeug angereist seien, um am einer anderthalbstündigen Veranstaltung teilzunehmen.

Im Hinblick auf die Wünsche der Bevölkerung verweise er auf eine Umfrage aus Mitte 2017 zu der Durchführung der Olympischen Spiele in Nordrhein-Westfalen, unterschieden nach Regionen, Alter und Geschlecht. Nach deren Ergebnissen stehe NRW noch vor einer Menge Arbeit, um die Menschen in Nordrhein-Westfalen von dem Projekt zu überzeugen. Auch wenn er selbst – bei richtiger Umsetzung – die Idee für charmant halte, entspringe sie nicht der Mitte der Gesellschaft, vielmehr stamme sie von einigen Funktionären. Werde weiterhin eine solche Intransparenz an den Tag gelegt, bezweifle er, dass die Bevölkerung davon überzeugt werden könne.

Jens-Peter Nettekoven (CDU) bekräftigt, Schwarz-Gelb sei nicht gegen eine Machbarkeitsstudie, vielmehr müsse der Zeitpunkt als zu früh angesehen werden. Nach derzeitigem Stand werde sieben Jahre vor der Durchführung über den Austragungsort von Olympischen Spielen entschieden, und zum jetzigen Zeitpunkt wisse man noch gar nicht, welche Sportarten 2032 auf dem Programm ständen, schließlich sollten noch einige Sportarten zusätzlich aufgenommen werden.

Die Einbringung des gemeinsamen Antrags zur Durchführung Olympischer und Paralympischer Spiele halte er für richtig, und seiner Meinung nach sei dabei auch der Aspekt „Bürgerbeteiligung“ berücksichtigt worden. Schließlich könnten Olympische und Paralympische Spiele nicht in der Form angegangen werden, wie in der Vergangenheit geschehen, sondern bedürften gesellschaftlicher Beteiligung.

Gäbe es nicht die Privatinitiative, die schon sehr viel professionelle Vorarbeit geleistet habe, so **Andreas Terhaag (FDP)**, dann könnte er die geäußerten Befürchtungen verstehen. Aufgrund der geleisteten Vorarbeit bestehe aber bereits Transparenz über die wahrscheinlichen Kosten, und das Land stehe demnach nicht bei null.

Josefine Paul (GRÜNE) erwidert, NRW fange de facto bei null an, denn die Informationen über die Sportstätten basierten auf Behauptungen. Bei jedem Zeitungsbericht sei von einer höheren Quote an vorhandenen Sportstätten die Rede, zunächst seien es 80 % gewesen, und nun liege die behauptete Zahl schon bei 90 %. Ginge das so weiter, überträfen die Ankündigungen irgendwann die notwendige Zahl an Sportstätten.

Auch wenn NRW zweifellos über eine gute Sportstätteninfrastruktur verfüge, müsse man dennoch untersuchen, welche Sportstätten mit Blick auf 2032 ertüchtigt werden müssten. Manche Sportstätten existierten schlicht und ergreifend gar nicht. Werde Leichtathletik nicht aus dem Programm gestrichen, was sie sehr stark bezweifle, benötige NRW jedoch definitiv ein Leichtathletikstadion, und auch die Notwendigkeit eines Olympischen Dorfes bzw. eines Ortes für die Eröffnungsfeier stehe fest.

Aufgrund des hohen Verkehrsaufkommens bestehe die schwierigste Herausforderung im Olympiaprozess – vor der Beantwortung dieser Frage hätten sich sowohl der Ministerpräsident als auch Herr Mronz bisher gedrückt – in der Verkehrsinfrastruktur. Bisher werde lediglich darauf verwiesen, die Verkehrswege existierten bereits, man bekäme das mit etwas gutem Willen hin und vielleicht würde noch ein neues Verkehrsmittel erfunden. Allein mit Hochglanzbroschüren und gutem Willen werde keine Transparenz im Sinne der Bürger*innenbeteiligung erzeugt, und auf diesem Wege könne keine Akzeptanz seitens der Menschen erreicht werden. Die Bewerbung werde so nicht funktionieren.

Das Vorhaben an sich trügen die Grünen mit. Letztendlich gingen bei einem Scheitern allerdings nicht sie baden, sondern vielmehr der Ministerpräsident. Schwarz-Gelb könnte sich dann immerhin noch auf die Behauptung zurückziehen, es hätte sich um eine private Initiative gehandelt.

Der Begriff der Privatinitiative, bietet, so **Ralf Jäger (SPD)**, den Gegnern von Olympischen und Paralympischen Spielen eine gute Plattform, denn angesichts einer solchen Argumentation bestehe für die Gegner die Möglichkeit, dem Vorhaben reines Eigeninteresse zu unterstellen. Eine neutrale, möglichst früh erstellte Machbarkeitsstudie stände dem argumentativ entgegen.

Ohne eine Machbarkeitsstudie werde der DOSB im Dezember gar nichts beschließen. Alle Parteien sollten sich außerdem ernsthaft damit beschäftigen, wie man den Prozess so gestalten könne, damit er nicht wie in Hamburg oder München an einem Bürgerentscheid scheitere. Die Zeit laufe der Politik weg. Die Landesregierung bringe NRW in eine ungünstige Situation, und er zweifle an der Ernsthaftigkeit des Vorhabens.

StS Andrea Milz (Staatskanzlei) wirft ein, Olympische und Paralympische Spiele seien noch nicht an zu spät erschienenen oder falschen Machbarkeitsstudien gescheitert.

Aus Sicht der Landesregierung handele es sich um eine private Initiative, die sie gerne stark unterstütze. Die Entscheidung werde zwar nicht erst 2025 gefällt, aber auch noch nicht im Jahr 2020. Noch am Vortag habe sie Andrew Parson, den Präsidenten des Internationalen Paralympischen Komitees, getroffen. Demnach setze das IOC ab Januar 2020 Kommissionen zu unterschiedlichen Themenschwerpunkten ein und stelle sich entlang der seitens des IOC vor einigen Monaten gefassten Beschlüsse ganz anders auf, weshalb heute noch keine Informationen darüber vorlägen, was in einer Machbarkeitsstudie überhaupt abgefragt werden müsste.

Die Unsicherheit bestehe natürlich nicht darin, ob Leichtathletik noch Teil des Programms sei, aber möglicherweise liefe das Land mit einer jetzt angestoßenen Machbarkeitsstudie Gefahr, dass diese Antworten auf wichtige Fragen nicht enthielte. Natürlich müsse es eine solche Studie geben, aber nicht zum jetzigen Zeitpunkt.

Die bereits erwähnte Veranstaltung habe in Berlin stattgefunden, weil sie sich an Bundestagsabgeordnete gerichtet habe. Natürlich hätten aber auch schon vorher in NRW Veranstaltungen zu dem Thema stattgefunden.

Laut dessen Ankündigungen gehe Herr Mronz davon aus, in 6 bis 8 Monaten eine seriöse Kostenschätzung vorlegen zu können, die auch sie mit Spannung erwarte.

Zunächst gelte es also, den Aufbau der Kommissionen des IOC und deren Arbeitsweise sowie die besagte Kostenprognose abzuwarten, und dann könnten die Themen „Verkehr“, „Digitalisierung“, „Ausbau und Erweiterung der Sportstätten“ usw. angegangen werden. In NRW existierten viele herausragende Sportstätten, die ohnehin bereits aufgrund der stattfindenden Ereignisse immer auf neuem Stand gehalten werden müssten. Natürlich brauche es für Olympia 2032 mehr, aber bei null fange das Land sicherlich nicht an.

Der Änderungsantrag 1 der SPD-Fraktion zu Kapitel 02 080, Titelgruppe 70, wird mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Enthaltung der AfD-Fraktion abgelehnt.

Der Änderungsantrag 2 der AfD-Fraktion zu Kapitel 02 080, Titelgruppe 70, wird mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimme der AfD-Fraktion abgelehnt.

Der Einzelplan 02, soweit er die Zuständigkeit des Ausschusses betrifft, wird mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und AfD angenommen.



Sportausschuss

16. Sitzung (öffentlich)

12. November 2019

Düsseldorf – Haus des Landtags

15:05 Uhr bis 17:00 Uhr

Vorsitz: Bernhard Hoppe-Biermeyer (CDU)

Protokoll: Dr. Lukas Bartholomei

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

- | | | |
|--------------|---|---------------|
| 1 | Projekt „OUTSPORT“ | 3 |
| | – Bericht des Institutes für Soziologie- und Genderforschung der Deutschen Sporthochschule Köln (s. <i>Anlage 1</i>) | |
|
2 |
Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2020 (Haushaltsgesetz 2020) |
11 |
| | Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 17/7200
Drucksache 17/7800 (Ergänzungsvorlage)
Vorlage 17/2349 (Erläuterungsband)
Vorlage 17/2536 (Einführung in den Haushalt)
Vorlage 17/2668 (Beantwortung von Fragen der AfD-Fraktion)

Änderungsanträge der Fraktionen (s. <i>Anlage 2</i>)

– Abstimmung gemäß Vereinbarung der Fraktionen

– Wortbeiträge | |

Der Änderungsantrag 1 der SPD-Fraktion zu Kapitel 02 080, Titelgruppe 70, wird mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Enthaltung der AfD-Fraktion abgelehnt.

Der Änderungsantrag 2 der AfD-Fraktion zu Kapitel 02 080, Titelgruppe 70, wird mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimme der AfD-Fraktion abgelehnt.

Der Einzelplan 02, soweit er die Zuständigkeit des Ausschusses betrifft, wird mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und AfD angenommen.

3 Nachwuchsleistungssport in Nordrhein-Westfalen: Bessere Chancen für Talente durch mehr Qualität an den Sportschulen 17

Antrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
Drucksache 17/7545

– keine Wortbeiträge

Der Ausschuss kommt überein, das Votum des mitberatenden ASB abzuwarten, über den Antrag in der Sitzung am 17. Dezember 2019 zu beraten und abschließend darüber abzustimmen.

4 Ruhr Games und Internationales Jugendcamp 2019 18

– mündlicher Bericht der Landesregierung (*s. Anlage 3*)

5 Sportgroßveranstaltungen in Nordrhein-Westfalen (*Bericht auf Wunsch der Landesregierung*) 27

– mündlicher Bericht der Landesregierung

6 Verschiedenes 29

hier: **Ausschussreise nach London**

**Änderungsantrag der Fraktionen zum Einzelplan 02
zum Haushaltsgesetz 2020**

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis
1	SPD	<p>Kapitel 02 080 Förderung des Sports</p> <p>Titelgruppe 70 Zuwendungen zur Förderung des Sports sowie Vorbereitung und Durchführung von sportlichen Großveranstaltungen aus Konzessionseinnahmen aus der Durchführung von Glücksspielen Olympiabewerbung 2032</p> <p>Titel neu</p> <p>Anbringung eines Baransatzes von 400.000 €</p> <p>Begründung:</p> <p>Mit den 400.000 € soll eine Machbarkeitsstudie finanziert werden, die eine mögliche Umsetzung der Olympischen Spielen 2032 in NRW untersucht.</p>	<p>CDU SPD FDP GRÜNE AfD</p>

**Änderungsantrag der Fraktionen zum Einzelplan 02
zum Haushaltsgesetz 2020**

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis								
	AfD	<p>Kapitel 02 080 Förderung des Sports Titelgruppe 70 Zuwendungen zur Förderung des Sports sowie Titel 686 70 Vorbereitung und Durchführung von sportlichen Sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke im Inland Großveranstaltungen aus Konzessionseinnahmen aus der Durchführung von Glücksspielen</p> <p>Erhöhung des Baransatzes um 500.000 €. Zudem wird im Erläuterungsteil auf Seite 93 die Ziffer 7 „Gutachten Sportstätteninfrastruktur in Nordrhein-Westfalen“ eingefügt.</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%;">HH 2020</td> <td style="width: 50%; text-align: right;">Ansatz lt. HH 2019</td> </tr> <tr> <td>von 33.105.900 Euro</td> <td style="text-align: right;">33.105.900 Euro</td> </tr> <tr> <td>um 500.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf 33.605.900 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p>Begründung: Seit mehreren Jahren gibt es keine neuen Gutachten bezüglich der Sportstätteninfrastruktur in NRW. Nach mehreren Anfragen bei der Landesregierung, können keine konkreten Antworten gegeben werden, wie viele Sportstätten in NRW existieren. Auch der Städte- und Gemeindebund hatte den Wunsch geäußert die Sportstätten in NRW zu evaluieren. Dabei gab es schon im Sommerplenum in Bezug auf die Schwimmstätten zwischen allen Fraktionen einen Konsens, dass die Sportstätten in NRW evaluiert werden müssten. Darunter muss klar dargestellt werden, wie viele Sport- und Schwimmstätten es überhaupt in NRW gibt und in welchem Zustand diese Sportstätten sind. Dabei spielt eine mögliche Olympiabewerbung 2032 ebenfalls eine wichtige Rolle, um einen nötigen Überblick</p>	HH 2020	Ansatz lt. HH 2019	von 33.105.900 Euro	33.105.900 Euro	um 500.000 Euro		auf 33.605.900 Euro		<p>CDU SPD FDP GRÜNE AfD</p>
HH 2020	Ansatz lt. HH 2019										
von 33.105.900 Euro	33.105.900 Euro										
um 500.000 Euro											
auf 33.605.900 Euro											

		der vorhandenen Sportstätten in NRW zu erhalten. Die AfD-Fraktion hält 500.000 Euro für ein externes Gutachten in größerem Umfang für angemessen.	
--	--	---	--

